



Koalitionen

Israel resolut, Kairo hoffend, Paris suchend, Berlin offen

Samstagsmorgen ging alles schnell, als sich eine iranische Drohne von [Syrien](#) her Israel näherte. Ein Apache-Helikopter, Foto, pulverisierte sie. Acht Flieger zerstörten im zentralsyrischen at-Tiyas Irans Startbasis. Auf dem Heimflug wurde ein Jet durch eine Rakete getroffen. Beide Piloten retteten sich per Katapultieren – dann schon in Israel. Andere Flieger zerstörten Batterien der syrischen Luftabwehr und iranische Leitstellen. Erstmals kollidierten Israel und Iran in Syrien, zumal nahe dem russischen Militär. Präsident Putin soll mit Premier Netanjahu telefoniert haben. Anderntags, am 11. Februar, erklärte dieser, jeden weiteren Angriff abzuwehren, obzwar der Kreml offen auf Syriens Hoheit pochte.



Foto Oren Rozen Wiki

[Amerika](#) stellte sich hinter Israels Recht auf Selbstverteidigung gegen iranisch geförderte Kräfte der al-Quds-Garde und Hizballah. Es warnte Iran und seine Alliierten (indirekt auch den Kreml samt al-Asad-Regime), solche Provokationen zu stoppen und Regionalfrieden zu suchen. Viererlei ist klar: schnell kann der sechsjährige Bürgerkrieg Syriens zum Krieg Israel versus Iran werden, wo Moskau und Washington verwickelt sind. Zehntausende iranische Militärs in Syrien wirken gegen Israel. Bei Dair az-Zur in at-Tabiyya gerieten am 7. Februar al-Asads Männer an pro-US-Militärs, wo **13** russische Söldner getötet worden sein sollen. Im Licht dieser türkischen und russischen Truppen, wer sucht Regionalfrieden?

Israel ging öfter Irans Waffenlieferungen an die Hizballah an, der dritte große Faktor, die in Südlibanon tausende Abschussrampen für Raketen gegen Israel errichteten und nun dort auch dafür moderne Leitsysteme produzieren wollen, die ganz Israel erreichen. Netanjahu machte Putin gerade am **29.** Januar in Moskau deutlich, so etwas auf keinen Fall zu dulden.

Jedoch hat der Premier einen vierten Punkt im Auge. Seit Präsident Trump erdölreiche Länder aufforderte, [Geld an Terroristen](#) zu stoppen, gehen der Hamas im Gaza-Streifen die Mittel aus. Der Muslimbrüderzweig gibt aber keine Macht über Gaza ab. Präsident Abbas entzieht ihr nun Gelder. Hamas hilft Teheran, das der Atompakt stärkte, aber nicht zähmte. Berlin, das den defekten [Pakt](#) mit einging, hat Anteile an Israels arger Lage. Jetzt baut der Staat eine unterirdische Sperranlage um Gaza für \$1 Milliarde, die Kriegstunnels blockiert. Jüngst häufen sich von da Raketen gegen [Israel](#). Provoziert die [Hamas](#) wieder einen Krieg?

Selbst der Nachbar Ägypten schottet sich ab, zumal es gegen Islamisten auf [Sinai](#) und an [Libyens](#) Grenze kämpft. Ende März folgen Präsidentialwahlen. Zum einen startete Kandidat [as-Sisi](#) am **9.** Februar Offensiven gegen Truppen des Islamstaats, IS. Zum anderen förderte er Megaprojekte mit Hilfe seiner Militärs, so einen **1/3** Sueskanal, Neuland und Atomkraftwerk. Der Nilstaat ist zwar seit **2013** stabilisiert, doch stieg Jugendarbeitslosigkeit auf ein Drittel und Menschenrechtler klagen. Für Ägypter zählt Brot, Arbeit und Sicherheit. Noch terrorisieren im Innern [IS](#)-Islamisten nicht nur [Kopten](#) und töteten hunderte dieser [Christen](#).

Nordfrankreich

In der Hafenstadt Calais gab es am 1. Februar neue Gewaltwellen, die laut Innenminister Gérard Collomb afghanische und türkische Banden im Ringen um das Schleppergeschäft zu den britischen Inseln lostraten. Mit Knüppeln, Stangen und Messern kämpften sie um die Macht über den Hafen, oft Nordafrikaner wie Sudanesen gegen Asiaten wie Afghanen.

Am 18. Januar schlossen Präsident Macron und Premier May das Sandhurst-Abkommen, das Bearbeitungsfristen verkürzt. Daher trafen in Calais weitere Migranten ein. Frankreich ringt ohnehin mit 100.000 Asylgesuchen vom Vorjahr. Als Macron Angela Merkel folgen und das "Asylrecht nicht antasten" wollte, sanken seine Umfragewerte. Jüngst wurde sein Migrationskurs restriktiver und populärer: Illegale abschieben und die Anderen versorgen. Wegen der Terrordrohung sichert Paris Grenzkontrollen, Schengen ist auf Zeit außer Kraft. Macron will sich abschotten, sieht sich jedoch in einer schweren Migrationskrise gefangen.

Koalitionsvertrag

Kaum anders geht es in Berlin, wo die Große Koalition in Frage steht. Wer ihren Vertrag liest, sieht den Linksruck von **Wahlverlierern** in Utopien. Dazu fehlen **Alternativen**. Doch ist der Text besser als 2013 (nichts zum Globalkrieg, was Berlin gegen Ideologien tun will).

Auswahl aus dem Entwurf des Koalitionsvertrags CDU/CSU-SPD, 7. Februar 2018

Zuwanderung: Asyl-Grundrecht unantastbar; Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge; Migrations-/Integrationsforschung; EU-Asylsystem; Familiennachzug bei Ehen vor Flucht, Kernfamilie; 1.000/Monat.
Integration: nach Aufnahmefähigkeit; Migration steuern, 180-220.000/Jahr; keine Lage mehr wie die 2015; dauerhafte Bleibeperspektive: Erfolgskontrolle; Integrationsmessung; Fordern und Fördern; klare Identität.
Islamismus: Programme gegen Rechts-/Linksextremismus; Antisemitismus, Islamismus sowie Salafismus; Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus über 2018 weiter; Hilfe für Stiftungen.
Verfassungsschutz: Bundesamt führt zentrale Auswertung und Analyse zum islamistischen Terrorismus an;
Bündnisse: NATO-Vereinbarungen bei den Ausgaben folgen; Ständig Strukturierte Militärzusammenarbeit.
Europa: kraftvolle gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs-, Entwicklungspolitik mit einer Stimme Zur Eigenhandlung fähiger; die Bindung an Amerika festigen, transatlantisch bleiben, europäischer werden; "Armee der Europäer"; Bundeswehr bleibt Parlamentsarmee; Kapazitäten zur strategischen Analyse stärken.
Amerika-Kanada: damit starke Werte- und Interessengemeinschaft; eine gerechte Globalisierung gestalten.
Mittelost: instabile Krisenregion, Terror und Flüchtlinge trifft Europa, weiterhin Krieg in Syrien, IS-Terror.
Israel: Sonderverantwortung gegenüber Israel als jüdischem, demokratischem Staat und dessen Sicherheit, Existenzrecht unumstößlich, Pfeiler deutscher Politik; Lösung Nahostkonflikt mit Zweistaatenlösung, Status Jerusalem erst durch Verhandlung; die Siedlungspolitik Israels gegen Völkerrecht und Zweistaatenlösung; EU für UNRWA-Reform/Finanzierung ohne Gewalt/Hetze gegen Israel; palästinensische Demokratisierung.
Länder: Jordanien, Libanon, Ägypten und Tunesien stabilisieren; Afghanistan weiter helfen, für Versöhnung.
Iran: Nuklearpakt bewahren, voll umsetzen; Abbau Hindernisse für Irans Wirtschaftsaktivitäten, aber gegen das ballistische Raketenprogramm und Irans regionale Aktivitäten, Politikansätze mit Partnern entwickeln.

Viel trifft zu wie Islamismus, Nationalagenda dagegen und endlich **Forschungen** dazu. Zu vage gefasst ist der Antisemitismus, den ebenso Islamisten speisen. Wie gezeigt, soll sich die Idee Europas in der "Paragraphenvernunft" entfalten mit sogenannter Erfolgskontrolle und Integrationsmessung. Die Umverteilung läuft zum Bürgernachteil und erfordert teure Kontrollapparate. Zwiste aus Mittelost und Afrika folgen, die zusätzlich Kräfte verlangen.

China, Russland, Iran und die Türkei werden nicht als Probleme in der Berliner Politik ausgelotet. Palästinensische Demokratie gibt es kaum. Konfliktregelung ist Sache vor Ort, die UNRWA zuerst zu prüfen. Der Atompakt mag verbessert, Iran limitiert werden. Brüssel missachtet Wählerwillen, die EU kämpft mit der Immigration. Dies lösen weder Linksruck noch "Armee der Europäer". Statt erst einmal die Nationalstaaten zu reformieren, schiebt sie es auf "Außengrenzen" ab. Ist es so anzunehmen, dass dies dann wirklich funktionieren wird?

Wolfgang G. Schwanitz